

Liebesbeziehungen nur im Geheimen - Lesbische Liebe in der Weimarer Republik und der NS-Zeit ist bislang kaum erforscht. Wie Liebe unter Männern wurde sie verfolgt, wenn auch weniger systematisch.

Bis vor 20 Jahren war die Verfolgung queerer Menschen durch die Nationalsozialisten ein Randthema historischer Forschung und auch in der öffentlichen Wahrnehmung. In Freiburg wurde erstmals 2015 im Rahmen des Holocaust-Gedenktags am 27. Januar der Verfolgung Homosexueller gedacht. 2019 hob Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) in der Gedenkstunde die "blinden Flecken" in der Aufarbeitung der Verfolgung sexueller Minderheiten in der NS-Zeit hervor. 2023 standen im Zentrum der jährlichen Gedenkstunde im Bundestag erstmals wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgte Menschen. Wenn über die Diskriminierung und Verfolgung queerer Menschen gesprochen und geforscht wurde, dann bis in jüngste Zeit eher über homosexuelle Männer - auch der schlechten Quellenlage wegen. Noch weit im 20. Jahrhundert machten "nur wenige Frauen ihre gleichgeschlechtliche Lebensweise öffentlich, da sie gesellschaftliche Stigmatisierung und Diskriminierung zu fürchten hatten", so Muriel Lorenz, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Freiburg, in einem Web-Talk der Landeszentrale für politische Bildung, des Freiburger NS-Dokumentationszentrums und anderer Institutionen. Homosexuelle Beziehungen seien im Geheimen, in geschützten Räumen, gelebt worden und öffentlich nur als "platonische Freundschaften". Gleichwohl gab es in der Weimarer Republik eine gewisse Öffnung: Lesbisches Begehren - in der gesellschaftlichen Realität kaum lebbar - wurde in Romanen und Filmen thematisiert, etwa 1931 in "Mädchen in Uniform". Direkten Austausch ermöglichten eher homosexuelle Zeitschriften, von denen es einige explizit für Frauen gab: Darin wurden sexualwissenschaftliche Erkenntnisse und tagespolitische Ereignisse debattiert und inwiefern "eine heterosexuelle Ehe ein Ausweg aus der Diskriminierung sein konnte" (Lorenz). Kontaktanzeigen boten die Möglichkeit, sich zu treffen. "Diese Zeitschriften", sagt die Historikerin Lorenz, "dienten aber nicht nur als Diskussionsforen und Datingplattformen, sondern förderten dank der Reichweite auch politische Vernetzung."

Es gab homosexuelle Interessenverbände und Vereine wie den "Bund für ideale Frauenfreundschaft" oder den Deutschen Freundschaftsverband (später Bund für Menschenrechte). Bekannt ist, dass zumindest versucht wurde, in Freiburg einen Ableger zu gründen. Im Südwesten gab es halböffentliche Treffpunkte der Szene, man war bestrebt, unter dem Radar der Ordnungsmacht zu bleiben.

Ende der 20er- und in den 30er-Jahren weitete sich die homosexuelle Subkultur in Großstädten aus. Wobei die Treffpunkte "stets von Repressionen und Denunziationen betroffen waren und oftmals nur kurze Zeit bestanden", sagt Lorenz. Die Historikerin sieht aber auch in anderen sozialen Orten wie Frauenschulen und Universitäten "potenzielle Kommunikationsorte und Treffpunkte", die jungen lesbischen Frauen "eine Fluchtmöglichkeit aus dem elterlichen Umfeld" boten.

Hatte es Zensur und Überwachung schon in der Weimarer Republik gegeben, erreichte die Unterdrückung gleichgeschlechtlicher Beziehungen von 1933 an eine neue Dimension: Die gesamte homosexuelle Subkultur wurde zerstört. Die systematische Verfolgung beschränkte sich indes gemäß Paragraph 175 des Strafgesetzbuches auf homosexuelle Männer. Die Nationalsozialisten nahmen lesbische Beziehungen offenkundig nicht als ernste Bedrohung wahr, sahen in ihnen eher eine abzulehnende Verirrung des propagierten Rollenbildes der Frau, die Haus, Hof und Kinder hütet. Gleichwohl, sagt die Freiburger Historikerin Sylvia Paletschek, habe auch für Lesben ständig die Bedrohung im Raum gestanden, "die dieser Paragraph quasi als generalpräventive Wirkung entfaltete".

Paletschek und Lorenz meinen: Lesben gerieten eher aus einem Bündel von Gründen - etwa wie die 1942 ermordete Malerin Käthe Loewenthal der jüdische Abstammung wegen - ins Visier der Staatsmacht; am Anfang stand die Denunziation der nonkonformen Lebensweise.

Ein Beispiel aus der Region ist die Juristin Maria Plum (1884-1962), die Ende der 20er-Jahre als erste Frau in Freiburg eine eigene Rechtsanwaltskanzlei eröffnete. Das NS-Regime wollte keine Frauen in der Rechtspflege. Plum stellte dennoch welche inoffiziell ein. Zwischen 1933 und 1939 half Plum jüdischen Emigranten. "Diese Aktivitäten", sagt Lorenz, "blieben nicht unbemerkt und zogen immer wieder Repressionen nach sich." Plum erhielt von staatlicher Seite keine Mandate mehr, wurde überwacht und von der Gestapo drangsaliert. Seit 1931 war ihre Lebensgefährtin Marie Luise Goppel in der Kanzlei angestellt - trotz aller Gefahren. Die beiden Frauen teilten über viele Jahre hinweg ihr Leben, beruflich wie privat.

Quelle:	Badische Zeitung vom 26.01.2024, Seite 4
---------	--

Ressort:	Meinung
----------	---------

Dokumentnummer:	51334245672
-----------------	-------------

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/BADZ__cd3602b5a534316cf505d825dce2632986874d0c

Alle Rechte vorbehalten: (c) Badischer Verlag GmbH & Co. KG



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH